

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

1.5.1913 (No. 118)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 118

Donnerstag, den 1. Mai 1913

156. Jahrgang

Expedition:
Rat Friedrich-Strasse Nr. 14 (Fernsprech-
anschluß Nr. 951, 952, 953, 954), wochentags
Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P,
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P
Einrückungsgebühr: die 6 mal gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Des Christi-Himmelfahrtsfestes wegen
erscheint unser nächstes Blatt am Freitag
abend.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben sich unter dem 28. April 1913 gnädigt bewogen
gefunden, dem Rechnungsbeamten Maximilian Schuler
in Karlsruhe die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben unterm 24. April 1913 gnädigt geruht, den Amts-
richter Wilhelm Greiner in Bühl in gleicher Eigenschaft
nach Bonndorf zu versetzen, sowie

die Gerichtsassessoren Richard Körber aus Gernsbach
und Clemens Günther aus Krautheim zu Amtsrichtern
und zwar ersteren in Bühl, letzteren in Schwellingen zu
ernennen.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat
unterm 24. Dezember 1912 verfügt:

den Werkstättevorsteher: Gustav Spreter in Freiburg
nach Basel;

die Oberbausekretäre: Philipp Diehm in Bruchsal nach
Mannheim, Sebastian Kimmig in Kastatt nach Karls-
ruhe, Joseph Martin in Karlsruhe nach Kastatt, Karl
Rücklin in Mannheim nach Karlsruhe, Hermann Schäfer
in Karlsruhe nach Kastatt;

den Eisenbahngemeister: Karl Zang in Karlsruhe nach
Kastatt;

die Bausekretäre: Wilhelm Ayres in Durlach nach
Karlsruhe, Stephan Bachmann in Durlach nach Bruchsal,
Lothar Bähr in Singen nach Waldshut, Friedrich Ehr-
mann in Waldshut nach Karlsruhe, Oskar Hermannauz
in Singen nach Karlsruhe, Albert Hieber in Freiburg
nach Offenburg, Michael Hörauf in Kastatt nach Karls-
ruhe, Karl Köhri in Gallingen nach Waldshut, Friedrich
Kuf in Bruchsal nach Mannheim, Karl Schnedenburger
in Durlach nach Karlsruhe, Ludwig Suhr in Basel nach
Karlsruhe, Johann Wöhrl in Konstanz nach Kastatt;

die Bauzeichner: Gustav Frank in Karlsruhe nach Ka-
statt, Albert Kuhn in Karlsruhe nach Kastatt.

Gestorben:

am 24. April d. J.: Vaußlicher, Philipp, Oberjustiz-
sekretär beim Amtsgericht Säckingen.

Die Ernennung der Bezirksratsmitglieder für den Amts-
bezirk Lahr betr.

An Stelle des Bürgermeisters und Landwirts Michael
Kopf in Schönberg, der sein Amt als Bezirksrat nieder-
gelegt hat, wurde Oler und Landwirt Friedrich Kramer
in Dingsladingen für die Restdienstzeit des Michael Kopf,
d. i. bis 1. April 1916, als Mitglied des Bezirksrats für
den Amtsbezirk Lahr ernannt.

Dies wird mit Bezug auf unsere Bekanntmachung im
Staatsanzeiger Nr. 168 II. Blatt vom 22. Juni 1912 zur
öffentlichen Kenntnis gebracht.

Karlsruhe, den 23. April 1913.

Großh. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Weingärtner.

Eberle.

Befreiung von der Versicherungspflicht auf Grund des
§ 14 des Versicherungsgesetzes für Angestellte betr.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 27. Februar
1913 auf Grund des § 14 Nr. 1, 2 des Versicherungsgesetzes
für Angestellte beschlossen, daß die §§ 9, 10 Nr. 1,
§§ 11 bis 13 des Versicherungsgesetzes für Angestellte mit
Wirkung vom 1. Januar 1913 ab gelten für

A. diejenigen Beamten und Bediensteten der mit Ge-
meindebürgerschaft versehenen Sparkassen im Groß-
herzogtum Baden, welche der Fürsorgekasse für Ge-
meinde- und Körperschaftsbeamte nach Maßgabe des
badischen Gesetzes vom 3. September 1906, die Für-
sorge für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte be-
treffend, angehören, wenn ihnen mindestens die im
§ 9 bezeichneten Anwartschaften gewährleistet sind
oder sie lediglich für ihren Beruf ausgebildet werden;

B. Personen, denen auf Grund früherer Beschäftigung
bei den vorstehend bezeichneten Körperschaften Ruhe-
geld, Bartegeld oder ähnliche Bezüge im Mindest-
betrage nach den Sätzen der vom Bundesrat fest-
gesetzten Gehaltsklasse (§ 9) bewilligt sind und da-
neben eine Anwartschaft mit Hinterbliebenenver-
sicherung (§ 9) gewährleistet ist.

Karlsruhe, den 25. April 1913.

Großh. Ministerium des Innern.

von Bodman.

Seltjan.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 30. April.

Im Skutari.

Das Pariser „Journal des Débats“ meldet: Die
Botschafter der Dreimächte unternahmen gestern in
Paris und bei den beiden anderen Regierungen der Tri-
pel-Entente einen Schritt, indem sie mit Nachdruck auf
den von Österreich-Ungarn betonten Willen hinwiesen,
den Zwischenfall von Skutari, welcher für die Großmächte
beleidigend sei, möglichst rasch zu erledigen. Falls König
Nikolaus der am Sonntag bekannt gegebenen Aufforde-
rung nicht Folge leisten sollte, müßte ihm ein regelrech-
tes Ultimatum übersandt werden, daß nur eine ganz kurze
Frist stellen würde. Hierauf würde nichts anderes übrig
bleiben, als zu Durchführungsmitteln zu greifen. Öster-
reich-Ungarn würde, falls ihm die übrigen Mächte keinen
Beistand leisten würden, diese bewaffnete Demonstration
allein unternehmen. — Die russischen Botschafter unter-
nahmen überall eine Demarche, welche eine Antwort auf
den Schritt ihrer österreichisch-ungarischen Kollegen bild-
ete. Sie erklärten, daß Rußland, nachdem es die in Ce-
tinje überreichte Note mituntergeschrieben hätte, nach wie
vor den Montenegroern Skutari verweigere, daß es aber
der Ansicht sei, daß jede militärische Aktion verflucht wäre
und daß Überredung genügen würde, um König Niko-
laus zum Nachgeben zu bestimmen. Wenn jedoch die
Mächte glaubten, daß eine militärische Aktion notwen-
dig sei, würde sich Rußland derselben in effektiver Weise
nicht anschließen können.

Nach einer Information, die dem Reuterschen Bureau zu-
gegangen ist, hat sich bei den Besprechungen der Botschaf-
ter ergeben, daß die Mehrheit der Mächte nicht geneigt
ist, kriegerische Maßnahmen gegen Montenegro zu er-
greifen. Man ist sich darüber klar, daß es notwendig sein
werde, irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen, falls Mon-
tenegro nicht in befriedigender Weise auf die Kollektiv-
note der Mächte antwortet; man müßte die Antwort auf
diese Note abwarten. Österreich habe bei seiner Forde-
rung nach einer Entscheidung über diesen Punkt nicht
deutlich gesagt, was zu tun es vorschläge und habe auch
kein Datum für die Antwort festgesetzt. In der Ansicht
der Mächte sei die Flottendemonstration keine kriegerische
Maßnahme, sondern ein Akt friedlichen Druckes. In dem
Fall, daß mehr erforderlich sein sollte, wird man sich mög-
licherweise über die Befestigung einer Stadt an der Küste
einigen. Obgleich es nötig sei, vielleicht bis zum Don-
nerstag zu warten und die Ansicht der Mächte, haupt-
sächlich Rußlands, kennen zu lernen, erscheine es wahr-
scheinlich, daß Rußland an einem Akt des Druckes nicht teil-
nehmen werde und möglicherweise auch diesmal Frank-
reich nicht zur Beteiligung daran auffordern werde. Ein
Diplomat äußerte zu dem Vertreter des Reuterschen
Bureaus: Das Publikum darf nicht aus den Augen ver-
lieren, daß die hauptsächlichste Aufgabe der Botschafter
selbst darin besteht, den europäischen Frieden zu wahren
und daß die verschiedenen durch den Krieg aufgeworfenen
Fragen nur zweiten Ranges sind. Es ist zu hoffen, daß
die Diplomaten unter der Führung Greys weiteren Er-
folg mit ihrem Friedenswerk haben werden.

Wien, 29. April. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“
meldet: In der am Donnerstag stattfindenden Sitzung
der Botschaftervereinigung in London wird sich entschei-
den, ob und welche Mächte an den von Österreich-Ungarn
eventuell, namentlich für den Fall, daß der König von
Montenegro nicht unbedingt nachgibt, zu unternemen-
den Zwangsmaßnahmen teilnehmen werden.

Wien, 29. April. Die „Neue Wiener Abendzeitung“
schreibt: Bekanntlich behielt sich Österreich-Ungarn freie
Hand vor für den Fall, daß die Botschaftervereinigung

nicht die Anträge Österreich-Ungarns genehmigen sollte.
Der Fall ist jetzt eingetreten, nachdem in der gestrigen
Botschaftervereinigung in London eine Einigung nicht
erfolgte. Diese Feststellung kennzeichnet die Situation.
Gegenwärtig findet ein reger Meinungsaustrausch zwi-
schen Wien und Rom statt.

Wien, 29. April. Heute mittag fand eine Konferenz
der gemeinsamen Minister statt, an der auch General-
stabschef Freiherr v. Höfendorff teilnahm.

Wien, 29. April. Die Wiener Börse verlor heute auf die
politischen Gerüchte, auch die Berliner Börse wurde flau
auf die Nachricht, daß in Wien ein Kronrat einberufen
worden sei.

Wien, 30. April. Von gut informierter Seite wird der
„Neuen Freien Presse“ erklärt: Zwangsmaßnahmen
könnten noch immer unnötig werden, wenn Montenegro
der Aufforderung der Mächte, Skutari zu räumen,
vorbehaltlos und bedingungslos nachkomme, Österreich-
Ungarn sei zwar entschlossen, im gegenteiligen Fall selb-
ständig mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen, erhebe aber
nicht nur keine Einwendung gegen die Mitwirkung an-
derer Mächte an diesen Zwangsmaßnahmen, sondern werde
darin nur die Erfüllung seiner ursprünglichen Forderung
erblicken. — Graf Verdtold ist gestern nachmittag vom
Kaiser in längerer Audienz empfangen worden.

Die Erhöhung der Heeresstärke in der Kommission beschlossen.

Berlin, 29. April. In der Budgetkommission des Reichs-
tags erklärte nach der Pause zunächst Generalleutnant
Wandel, daß bei der Aushebung ein gleichmäßiger Maßstab
angelegt werde. Von einer beabsichtigten stärkeren Heran-
ziehung der ländlichen Bevölkerung könne keine Rede sein; die
Bestimmungen der Wehrordnung sprächen sich darüber klar
aus. Die Zahl der Landsturmpflichtigen sei von Jahr zu
Jahr beträchtlich gestiegen, während die Zahl der in Betracht
kommenden Jahrgänge der Ersatzreserve durch Gesetz festge-
legt und daher gleichmäßig sei. Nach dem Ergebnis der Mu-
strierung sei kein Zweifel, daß die Zahl der Tauglichen völlig
ausreiche.

Der sächsische Bundesratsbevollmächtigte erklärte, daß die
Ergebnisse des Musterungsgeschäftes große Überschüsse zeig-
ten; es sei kein Zweifel, daß auch in Sachsen über das ge-
forderte Maß hinaus Taugliche vorhanden seien. Ein fort-
schrittlicher Redner war der Ansicht, daß bei der Anlegung
dieses Maßstabes kaum die erforderliche Zahl von 63 000
Mannschaften herauskomme. Bisher seien zweifellos Will-
kürlichkeiten und Unstimmigkeiten in einzelnen Bezirken vor-
gekommen. Aus ärztlichen Kreisen habe er gehört, daß Leute
mit Herzkrankheiten eingestellt würden.

Generalleutnant Wandel wies nach, daß aus der Zahl der
Ausgehobenen allein kein Rückschluß auf die wirklich Tauglichen
zu machen sei. Die Schwankungen seien zum Teil schon da-
durch zu erklären, daß die Zahl der jährlich sich meldenden
Freiwilligen sehr verschieden sei. Generaloberarzt Schulzen
erklärte auf Grund einer durchaus ernst zu nehmenden
ärztlichen Statistik, daß ein beträchtliches Steigen der Taug-
lichkeit bemerkbar sei; auch von militärwissenschaftlicher Seite
könne dies nur bestätigt werden. Die Steigerung der Herz-
franken habe den wissenschaftlichen Senat beschäftigt und über
die Beurteilung solcher Fälle seien besondere Vorkehrungen er-
lassen worden. Es gebe sogar Beispiele, wo trotz ärztlicher
Gesundheitsatteste eine Einstellung nicht verweigert wurde.

Der württembergische Vertreter der Militärbehörde legte
dar, daß, trotzdem in einigen Bezirken wenig Mannschaften
ausgehoben wurden, fast 12 000 nötige Mannschaften 15 621
taugliche Mannschaften ausgehoben worden sind, also 3536
über den Bedarf.

Ein sozialdemokratischer Redner führte aus: Die letzte Mi-
litärnovelle habe den vorhandenen Bestand an Tauglichen schon
bedeutend vermindert. Nähme man aus der Ersatzreserve die
Leute für die Linientruppen, dann würden auch die Ersatz-
reserven weniger wertvoll. Es sei doch bedenklich, anzuneh-
men, daß mit der Bevölkerungszahl und mit der Verminder-
ung der Sterblichkeit automatisch die Zahl der Tauglichen
zunehme.

Generaloberarzt Schulzen äußerte seine feste Überzeugung,
daß auf Grund des sorgfältigen militärärztlichen Materials
kein Zweifel an der völlig ausreichenden Zahl der Taug-
lichen bestehe.

Generalleutnant Wandel widerlegte ausführlich den sozial-
demokratischen Redner und wies an Hand der zahlenmäßigen
Angaben die Michtigkeit der Steigerung nach.

Ein anderer sozialdemokratischer Redner betonte, daß
Leute mit körperlichen Mängeln eingestellt würden, auch solche
mit geringen Verklümmelungen, in einem Falle sogar mit ver-
mindertem Erwerbsfähigkeit. Der sozialdemokratische Redner
führte aus: Die große Truppenzahl in den russischen Grenz-
bezirken bedeute keine Kriegsandrohung und diese Soldaten seien
mit den unsrigen nicht zu vergleichen. Er halte Deutschland
für genügend gerüstet und die Heeresvorlage für nicht genü-
gend begründet, weshalb er sie abzulehnen bitte.

Kriegsminister von Heeringen führte aus: Die Sozialdemo-
kratie sei weder mit Gründen, noch mit langen Reden von
der Notwendigkeit der Wehrvorlage zu überzeugen. Die neuen

Wupperungsergebnisse seien einwandfrei. Ein Zentrumredner wies darauf hin, daß seit Beginn der 80er Jahre die Zahl der Dienstuntauglichen mit und ohne Verjorgung fast stetig gestiegen sei. Die Zahl der Kranken sei zwar geringer geworden, aber die Zahl der Krankenbehandlungstage sei auffallend gestiegen. Er beantragte erstens: Nur unbedingt Taugliche einzustellen und zweitens: eine Verringerung der Zahl der wegen bürgerlicher Verhältnisse frei werdenden Rekruten eintreten zu lassen.

Generaloberarzt Schulgen erläuterte, daß von bestimmten Krankheitsgruppen sich besonders die Herz-, Ohren- und Halsleiden vermehrt hätten, aber die Ärzte seien auch fortgeschritten in der Erkenntnis dieser Krankheiten.

Nach weiteren längeren Ausführungen zweier sozialdemokratischer Redner erfolgte die Abstimmung. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Kläfers wurde die Erhöhung der Staatskräfte bei der Infanterie mit im ganzen 252 Bataillonen zu je 721 Mann und 246 Bataillonen zu je 641 Mann angenommen. Mit derselben Mehrheit wurde die Kavallerievermehrung angenommen und zwar 516 Eskadrons mit je 144 Mann und 126 Dienstpferden. Der künftige Etat bei den fahrenden Batterien der Feldartillerie soll bei 255 Batterien je 143 Mann und hundert Dienstpferde, bei 33 reitenden Batterien je 137 Mann und je 144 Pferde betragen. Mit derselben Mehrheit wurden die angeforderten Verstärkungen für die Fußartillerie und Pioniere, die Verrechnungstruppen und den Train bewilligt.

Gegen 5 Uhr nachmittags beschloß die Kommission, weiter zu tagen und bewilligte die beantragten 18 neuen Lehrbataillone.

Die Beratung wandte sich dann dem § 2 des Entwurfs zur Ergänzung des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke zu und die Kommission nahm nach kurzen Darlegungen des Referenten die dort beantragte Vermehrung der Zahl der Infanteriebataillone von 661 auf 669 an. Bei der Kavallerie, bei der statt 516 künftig 550 Eskadronen verlangt werden, beantragte der Referent die Forderung angelegentlich mannigfacher technischer Fortschritte. Fraglich sei es, ob nicht Maschinengewehrkompanien gegen Kavallerie wirksamer operieren würden als Kavallerie. Der Kriegsminister begründete in streng vertraulichen Ausführungen eingehend die Verjorderung. Die Abstimmung darüber wird morgen stattfinden. Nächste Sitzung: Mittwoch vormittag 9 Uhr.

Politische Übersicht.

Sozialdemokratie und Religion.

Die Sozialdemokratie hat, so schreibt die „Norddeutsche Allg. Ztg.“, bei der dritten Lesung der Reichsjustizverwaltung den Versuch machen wollen, sich von dem Vorwurf der Religionsfeindschaft, den ihr der Reichskanzler bei der zweiten Lesung des Etats gemacht hatte, reinzuwaschen. Sie klammerte sich dabei an einen Irrtum, der einer Verjorgung des Reichskanzlers auf einen Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ zugrunde lag, einen Irrtum, den der Reichskanzler selbst sofort dem Abg. Dr. Vensch gegenüber hatte aufklären lassen.

Für die Beurteilung der Religionsfeindschaft der Sozialdemokratie ist es ganz unwesentlich, ob die Schilderung eines sozialdemokratischen Maskenfestes, auf die sich die Äußerung des Reichskanzlers bezog, zuerst in dem erwähnten Leipziger Blatte oder wo anders gestanden hat. Wenn die Sozialdemokratie nach Beweismaterial verlangt, wollen wir ihr gerne suchen helfen. Sie braucht nur ihre eigene Tagespresse durchzublättern. Nummern der „Schwäbischen Tagwacht“ vom Karfreitag bis Oster Sonntag dieses Jahres, die „Bremer Bürgerzeitung“ vom Oster Sonntag dieses Jahres, der „Vorwärts“ vom Oster Sonntag, ferner Nummer 23 der „Arbeiterjugend“ enthalten in Artikeln oder Gedichten Äußerungen, bei denen auch die sozialdemokratische Interpretationskunst schwerlich behaupten wird, daß sie sich nur gegen die Kirche und nicht gegen die Religion wenden.

Alle diese Beispiele stammen aus der jüngsten Zeit. Wir wollen, um zu zeigen, daß es sich nicht um vereinzelte Entgleisungen handelt, sie durch prinzipielle Äußerungen der Führer ergänzen.

Der sozialdemokratische Führer Liebknecht schrieb im „Volksstaat“ 1875: „Unsere, der Sozialisten, Pflicht ist es, die Ausrottung des Gottesglaubens mit Eifer und Hingebung zu erfüllen, und niemand anders ist des Namens eines Sozialisten würdig, als der, welcher, selbst Atheist, der Ausbreitung des Atheismus mit allem Eifer seine Anstrengung widmet.“

Friedrich Engels schrieb: „Wir haben der Religion und den religiösen Vorstellungen ein für allemal den Krieg erklärt und kümmern uns wenig darum, ob man uns Gottesleugner oder sonst irgendwie nennt.“ (Abgedruckt bei Mehring „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“, 1897, S. 145.) Bebel schrieb („Christentum und Sozialismus“, S. 16): „Christentum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Wasser und Feuer.“

Auf dem 5. Kongress der freien Gewerkschaften sagte der Vorsitzende der Generalkommission dieser Gewerkschaften, Abg. Legien: „Unsere Mitglieder sind antireligiös, weil sie vernünftige Menschen geworden sind. Wir sehen zu viel, um zu glauben. Wir werden ja einst dafür in der Hölle braten müssen, aber laßt uns das doch!“

Das dürfte genügen. Wenn die Sozialdemokratie heute das Bedürfnis fühlt, sich von diesem Vorwurf der Religionsfeindschaft zu reinigen, so zigt sie dadurch nur, wie unangenehm ihr dieser Vorwurf ist. Sie hat erfahren, daß sie mit ihrem Materialismus keine Geschäfte macht. Die Erfahrung ist durchaus erfreulich. Sie bedeutet die Anerkennung der ungeborenen Macht der idealen Kräfte im deutschen Volk.

Demokratie und Großkapital.

Der Straßburger Geschichtsprofessor Martin Spahn veröffentlicht in der Sonntagsnummer des Tag einen Artikel über Demokratie und Großkapital, der aus Anlaß des Falles Krupp und der Liebknechtschen „Enthüllungen“ im Reichstag einen Vergleich zwischen deutschen und fran-

zösischen Zuständen zieht. Der Verfasser zitiert interessante Stellen aus einem vor drei Jahren erschienenen Buch eines französischen Sozialisten, Francis Delaisi, der den Nachweis unternimmt, daß und wie der französische Staat in die Knechtschaft der Finanz geraten sei: Die demokratischen Staatseinrichtungen Frankreichs haben in Delaisis Augen heute nur noch den Wert einer spanischen Mand, die das Kapital zwischen sich und dem Volke für nötig hält, damit es dahinter den Staat auf eine nie erhörte Weise mißbrauchen kann, um seine Geschäfte zu besorgen. Alles, was an der Staatsmaschine mitdreht, ist vom Kapitalismus abhängig geworden. Der Verwaltungsbeamte denkt nicht höher, als einmal eine gut bezahlte Stelle in der Privatindustrie zu bekommen. Die wissenschaftliche Nationalökonomie verkündet nur noch die für das Unternehmertum brauchbaren Lehren. Parlament und Presse aber, diesen beiden mächtigsten Staatseinrichtungen einer modernen Demokratie, sind völlig dem Kapital verkauft. In der Kammer oder im Senat stellen die Angehörigen des Großkapitals oder ihre Verwandtschaft, obwohl das Wahlrecht allgemein ist, etwa 10 v. H. aller Abgeordneten. Unter den durch ihre verwandtschaftlichen Beziehungen zur Hochfinanz Ausgezeichneten ragen Clemenceau, Deschanel und Jonnart empor; Jonnart ist der Schwiegerjohn des Hauptes der französischen Industriellen und hatte jüngst in dem ersten unter Poincarés Präsidentenschaft gebildeten Ministerium das Auswärtige. Einen nicht geringen Einfluß auf die Kammern übt das Großkapital dadurch aus, daß es die gewandtesten Juristen unter den Abgeordneten als Anwälte mit der sehr einträglichen Vertretung der großen Unternehmungen beauftragt. Der erste bedeutende Typ dieser Députés advocats-conseils war Baldest-Rouffean. Sein Erbe ist der Sozialist Millerand. Dessen bevorzugter Konkurrent war — bis zu dem Tage, da er Präsident wurde — Raymond Poincaré. Das Kapital verwendet nur sähige Leute (das macht, bemerkt Delaisi mit beizendem Spotte, seine wahre Überlegenheit über alle seine Gegner und Nebenbuhler aus). Erst wenn sich ein Abgeordneter als Berichterstatter irgend eines Ausschusses im Sinne des Kapitals bewährt hat, so ist er der Beziehungen zur Finanz sicher und wird damit auch Anwärter auf einen Ministerposten. Das Kapital hat seine Leute gleichmäßig in allen politischen Parteien, auf der Rechten wie der Linken. Auch der Sozialismus hat sich unter der Führung Millerands und Briands und der freilich nicht eingestandenem Beihilfe von Jaurés in die Schutzherrschaft des Kapitals begeben; er hat sich „demokratisiert“! Seit 1870 sind in Frankreich alle großen sozialen Reformen Verheißungen geblieben. Noch immer ist die Einführung der Einkommensteuer nicht durchgeführt worden. Die „Milliarde der Kongregationen“ ist in den Taschen einzelner verschwunden. Dafür folgen sich die Ausgaben für Rüstungszwecke und Kolonialunternehmungen auf dem Fuße, in schärferer Anspannung der Menschen- und Geldkraft des Volkes als irgendwo sonst.

Man vergleiche, meint Spahn, mit diesen Zuständen in Frankreich das jüngste, von Liebknecht im deutschen Reichstag herausgeschworene Ereignis, wo die politische Moral noch so augenblicklich und so bestimmt auf ein einzelnes, sie verletzendes Vorkommnis reagiert, wie das im Reichstag geschehen ist, da haben die großkapitalistischen Unternehmungen den Staat noch nicht in ihren Händen, da hat der Staat noch die Kraft, die den nationalen Interessen widersprechenden Tendenzen der großkapitalistischen Entwicklung zu zügeln und aufzuhalten. Professor Spahn führt diese günstige Lage Deutschlands vor allem auf den Umstand zurück, daß „wir uns noch nicht in dem Maße demokratisieren ließen wie Frankreich“. Festländischen Kammern pflegt die Neigung zu fehlen, wo Mißstände im Staate auftauchen, auch an sich selbst einmal als mögliche Ursache der Mängel der Staatspolitik zu denken. Außerhalb des Parlamentes aber wird man gerade durch sachliche Vergleiche zwischen uns und dem heutigen Frankreich um so williger zur Erkenntnis kommen, daß, wenn Volk und Kapital in ihren Interessen aufeinanderstoßen, die Monarchie dem Volke Schutz gewährt, die parlamentarische Demokratie dem Kapital zur Dedung dient.“

Aus dem elsass-lothringischen Landtag.

In der Ersten Kammer des elsass-lothringischen Landtags erhob Graf Andlaw scharfe Vorwürfe gegen die Regierung wegen der Erteilung von Jagdscheinen an Ausländer, und betonte, daß man die Scheine auch solchen Leuten entzogen hätte, gegen die keine Bedenken vorliegen, die ihren Wohnsitz im Lande hätten, hohe Steuern zahlten und voraussichtlich für den Vermögensbeitrag in Anspruch genommen würden. Die Maßnahme der Regierung sei eine Repressalie, die durch den Druck der alldeutschen Presse veranlaßt wurde. Man sehe in dem Elsass-Lothringer immer den Protektler und „Franzosenkopf“. Diese Politik der Nadelstiche verhindere den inneren Anschluß an das Reich. Es sei an der Zeit, daß die Politik der Gefinnungsüberwachung nach 42 Jahren endlich einmal aufhöre. Das Volk habe sich mit den bestehenden Verhältnissen längst ausgeöhnt. Unterstaatssekretär Mandel gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß sich das elsass-lothringische Volk mit den Verhältnissen veröhnt habe. Die verschärften Maßnahmen habe man nicht der Regierung, sondern den Nationalisten zu verdanken. Der preussische Kriegsminister habe in der Sitzung des Reichstages dem Abgeordneten Saegy den Standpunkt der Regierung hinreichend präzisiert. Erleichterungen könnten für absehbare Zeit nicht in Aussicht gestellt werden.

In der Nachmittagsitzung der Ersten Kammer wurde der Fall Wetterlé vom Abgeordneten Blumenthal zum Gegenstand einer politischen Etatsrede gemacht. Er wandte sich in scharfer Weise gegen die Art der Beurteilung des Abbe, wie sie in der heutigen Vormittagsitzung Abgeordneter Graf Andlaw durchaus gerechtfertigt gefunden hatte. Er bezeichnete die Protestkundgebungen gegen die Vortragsreise Wetterlés als Heuchelei und Mache, die bezwecke, die elsass-lothringische Bevölkerung glauben zu machen, als sei Wetterlé in Acht und Bann getan worden. Er versuchte dann darzulegen, daß dies nicht der Fall sei. Die elsass-lothringische Zentrumspartei habe nach Bejprechung des Falles im Landtag zwar den Abgeordneten über Bord geworfen, ihn aber gleichzeitig mit den nötigen Rettungsmitteln ausgerüstet und ihn liebevoll wieder aufgenommen. Abgeordneter Baron Reinach rief dem Redner während seiner Ausführungen ein Pfui zu, das ihm einen Ordnungsruf eintrug.

Straßburg, 29. April. Die heutige Sitzung der Zweiten Kammer verlief sehr stürmisch. In einer 3/4stündigen Bejprechung eines Schulfalles kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Abgeordneten des Zentrums und der fortschrittlichen Volkspartei. Der Fortschrittler Wolf hatte gegen den Schulinspektor Münch-Kolmar den Vorwurf der Parteilichkeit und Pflichtwidrigkeit erhoben. Abg. Gauß (Str.) wandte sich in einer Interpellation hiergegen. Die Regierung erklärte, daß objektiv dem Schulinspektor dieser Vorwurf nicht gemacht werden könne. Rede und Widerrede arteten in eine solch scharfe aus, daß der Präsident mehrere Ordnungsrufe erteilen und gegenüber dem großen Lärm mit der Aufhebung der Sitzung drohen mußte.

Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten und die Heeresvorlage. Bei Beratung des Etats in der Zweiten württembergischen Kammer erklärte der Ministerpräsident in wiederholter Erwiderung auf Ausführungen des Abg. Gaußmann (Wp.), daß der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten alljährlich im Herbst eine Sitzung abhalte. Im letzten Jahre sei eine Reaktivierung des Ausschusses eingetreten. Es würden dabei die Grundzüge der Politik besprochen, hieran knüpften sich Debatten an und außerdem finde eine Überleitung von Memoranden an die Vertreter der Bundesstaaten statt. Vor etwa sieben Wochen habe der Reichskanzler an die leitenden Minister eine Einladung nach Berlin ergehen lassen, um mit ihnen über die Behr- und Deckungsfragen Rücksprache zu nehmen. Der Reichskanzler habe dabei über seine Ziele Mitteilung gemacht. Es sei wertvoll, wenn der Reichskanzler die Überzeugung haben könne, daß die Bundesstaaten hinter ihm stehen. Dadurch würden seine friedlichen Bestrebungen am wirksamsten unterstützt. Die Heeresvorlage sei selbstverständlich nicht unermutet eines schönen Tages aus dem Himmel gefallen. Er könne versichern, daß in dieser Frage in bundesfreundlicher Weise gehandelt worden sei.

Gesamtparade der Münchener Garnison. Nach dreizehnjähriger Pause fand am Dienstag vormittag zum ersten Male eine Parade der gesamten Münchener Garnison statt. Der Prinzregent nahm die Parade auf dem Oberwiesenfeld in Gegenwart der Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses, der Spitzen der Hof- und Staatsbehörden und des diplomatischen Korps ab. Prinz Leopold von Bayern führte seine Regimente dem Prinzregenten vor. Die diensttuenden Prinzen des königlichen Hauses traten in ihre Regimente ein. Im Gefolge des Prinzregenten befand sich auch Prinz Ernst August Herzog zu Braunschweig und Lüneburg. Während der Parade umflogen drei Militärflieger das Paradefeld. Eine große Menschenmenge wohnte dem Schauspiel, das bei herrlichem Wetter glänzend verlief, bei. Aus Anlaß der Parade fand am Nachmittag Hofafel in der Residenz statt. Es nahmen daran teil: der Prinzregent, die Prinzen Rupprecht und Leopold, sowie die übrigen Prinzen des königlichen Hauses, ferner Prinz Ernst August Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, die Prinzen Ernst und Georg von Sachsen-Meiningen und die Generalität u. a. Der Prinzregent brachte einen Trinkspruch auf die Armee aus. Nach der Tafel fand Cercle statt.

Ein französisches Gerichtsurteil. Die „Württembergische Zeitung“ meldet aus Paris: Vor der 9. Strafkammer hatte sich heute der deutsche Student Karl Haag aus Stuttgart, der an der Pariser Universität immatrikuliert ist, zu verantworten. Dem Studenten wurde zur Last gelegt, in der Nacht vom 25. auf 26. April in einem Boulevard-Café beleidigende Worte über Frankreich ausgesprochen und dadurch Anlaß zu einer allgemeinen Prügelei gegeben zu haben. Besonders streng wurde ihm vorgehalten, daß er gesagt haben soll: „Voreuch niederträchtigen Franzosen stecke ich sechs auf mein Bajonett und röste sie lebendig.“ Trotzdem sich Haag mit Betrunkenkheit entschuldigte, eine Tatsache, die auch von Augenzeugen bestätigt wurde, hielt es das Gericht für angemessen, ihn zu zwei Monaten Gefängnis und 105 Frank Geldstrafe zu verurteilen.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 30. April.

Ihre königliche Hoheit die Großherzogin Luise besuchte gestern Ihre Majestät die Königin der Niederlande in Hohemark und kehrte am späten Abend hierher zurück.

**** Personenverkehr auf der Eisenbahn.** Größeren, gemeinsam reisenden Gesellschaften, Vereinen usw. ist es im eigenen Interesse dringend zu empfehlen, gemeinsame Fahrten spätestens am Tage vor der Ausführung bei der Abfahrtsstation schriftlich oder mündlich anzumelden. Dabei sollten der Reisetag, die zu befahrenden Strecken, die gewählten Züge, die Wagenklasse, insbesondere aber die Teilnehmerzahl sowie die Zeit der Rückreise angegeben werden. Bei Unterlassung der Anmeldung sind die Dienststellen, insbesondere kleinere Stationen häufig nicht in der Lage, wegen Vereinhaltung der nötigen Plätze Vorkehrungen zu treffen. Unzuträglichkeiten für die Reisenden wegen Platzmangels sind in der Regel die Folge davon.

Eine erhebliche Erleichterung, besonders für den Massenverkehr an Sonn- und Feiertagen, bei Festlichkeiten usw. besteht darin, daß beim Antritt der Reise gleichzeitig Fahrkarten für die Rückreise auch dann gelöst werden können, wenn die Rückreise von einer anderen Station als der Zielstation der Hinreise oder in einer anderen Wagenklasse oder Zugartung ausgeführt wird. Im inneren badischen Verkehr können auch etwa erforderliche Schnellzugzuschlagkarten für die Rückreise schon beim Reiseantritt gelöst werden. Nach Bedarf werden sogenannte Doppelfahrkarten ausgegeben, die zur Hin- und Rückreise berechtigen. Die Doppelfahrkarten wie auch die für die Rückreise gelösten einfachen Fahrkarten gelten 4 Tage.

**** Beim Manöver im Bahnhof Osterburken** entließ am 29. April nachmittags gegen 7 Uhr ein beladener Güterwagen in Richtung Adelsheim und stieß in der Nähe des Einfahrtssignals auf den gerade einfahrenden Güterzug 6761 auf. Der Güterwagen entgleiste und verspernte beide Hauptgleise. Gegen 8 Uhr war das Gleis Osterburken-Adelsheim wieder frei gemacht, so daß einspuriger Betrieb eingerichtet werden konnte. Die Personenzüge 388 und 375 erlitten erhebliche Verspätungen. Verletzt wurde niemand. Bis zu Beginn des Dienstes am 30. April früh waren beide Hauptgleise wieder frei.

Ar. XIX des Reiches- und Verordnungsblattes für das Großherzogtum Baden hat folgenden Inhalt: Verordnung: des Ministeriums der Finanzen und des Ministeriums des Innern: die Ausführung des Reichsgesetzes vom 25. Februar 1876 über die Befreiung von Anfechtungsstoffen bei Viehbeförderungen auf Eisenbahnen betreffend.

*** Das amtliche badische (grüne) Eisenbahnkursbuch** ist im Verlag der C. F. Wüllersthen'schen Buchhandlung in Karlsruhe zu haben. Es enthält die Fahrpläne und die Preise von 70 Bg. käuflich. Wegen seiner unbedingten Zuverlässigkeit und Handlichkeit wird dasselbe vom reisenden Publikum mit Recht bevorzugt.

oc. Heidelberg, 29. April. Auf das von der hier abgehaltenen Landestuberkuloseversammlung an Großherzogin Luise abgeordnete Telegramm ist folgende Antwort eingegangen: Ich empfinde hier in Freiburg durchreisend die freundliche Begrüßung, welche mir durch Ihre Vermittlung namens der Tuberkuloseversammlung zugeendet worden ist. Meine Gedanken und treuesten Wünsche haben Ihre Beratungen mit großer und warmer Teilnahme begleitet. Mein herzlichster Dank verbindet sich mit der aufrichtigsten Freude, daß die Großherzogin in der heutigen Versammlung gegenwärtig sein konnte. Im treuen Mitleben erwidere ich Ihre freundliche Begrüßung und erhoffe auch ferner Gottes Segen für unser großes, bedeutungsvolles und wichtiges Arbeitsgebiet, Großherzogin Luise.

St. L. A. Am 30. April waren — soweit Berichte vorliegen — im Großherzogtum durch Schweinefleische und Schweinefleisch fünf Amtsbezirke mit sechs Gemeinden und elf Ställen verunreinigt, und zwar Amtsbezirk Rehl mit zwei Gemeinden, Amtsbezirke Waldkirch, Achern, Ettlingen und Eppingen mit je einer Gemeinde. Die Maul- und Klauenseuche ist zurzeit im Großherzogtum erloschen.

Aus der Residenz.

*** Von der Ortsgruppe Karlsruhe des deutschen Wehrvereins** wird uns geschrieben: Die Ortsgruppe veranstaltet am Freitag, den 2. Mai, abends 8 Uhr, im Café Hildenbrand (hinteres Zimmer) einen Mitgliederabend. Jeder Vaterlandsfreund ist als Gast herzlich willkommen. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des 1. Vorsitzenden, Chefredakteurs C. Amend, über das Thema „Wehrverlage und auswärtige Politik“. An den Vortrag schließt sich eine Aussprache an.

oc. Der Bürgerausschuß hielt gestern eine fünfstündige Sitzung ab, in welcher er sich u. a. mit der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe beschäftigte. Ein Antrag des Stadtrats auf Einführung der vollständigen Sonntagsruhe in den Monaten Mai bis einschließlich September und in den übrigen Monaten von Oktober bis mit April auf Beschäftigung von 11-1 Uhr mittags wurde abgelehnt, dagegen wurde aus der Mitte des Bürgerausschusses ein Antrag auf Einführung der vollständigen Sonntagsruhe während des ganzen Jahres mit Ausnahme der vier Sonntage vor Weihnachten mit großer Mehrheit angenommen. Mit diesem Antrag wird sich nun der Stadtrat zu beschäftigen haben. Weiter genehmigte der Bürgerausschuß für Erweiterung und Verbesserung der Einrichtungen der städtischen Straßenbahn die Summe von rund 1200 000 M. Der Bau der Linie nach dem Theater wurde abgelehnt, da das Projekt unrentabel und ungewinnlich sei. Ebenfalls Ablehnung erfuhr die Einführung einer Luftbarkeitssteuer, die auf Kinos, Varietés, Schaustellungen usw. hätte ausgedehnt und nach den Berechnungen des Stadtrats einen jährlichen Meinertrag von 57 000 M. ergeben hätte. Gegen die Luftbarkeitssteuer waren bekanntlich zahlreiche Proteste der Kino- und Variétébesitzer, der Wirte usw. eingegangen.

*** Rita Sacchetto,** die amnütige Münchener Tänzerin, veranstaltete dieser Tage einen ihrer reichen ästhetischen Genüß gewährenden Tanzpoesienabende. Wer bei Rita Sacchetto mystische Sensationen oder choreographisch-schöpferische Interpretationen mehr oder weniger dafür geeigneter Werke der Kunst erwartete, wie sie die meisten Tänzerinnen versprechen —

aber leider nur versprechen — kam dabei natürlich nicht auf seine Rechnung. Wer aber nur gekommen war, um sich an Schönheit und Grazie zu erfreuen, dem bereiteten die Tänze Rita Sacchetto in ihrer Frische und Natürlichkeit und Freiheit von aller Erden schwere eine Stunde erlebten Vergnügens. In Fräulein Zimmermann, die sich als ernstzunehmende, tüchtige Pianistin erwies, hatte die Tänzerin eine treffliche Begleiterin gefunden.

*** Die Vereinigung „Heimliche Kunstpflege“** veranstaltet in Gemeinschaft mit dem Verein „Badische Heimat“ am Montag den 5. Mai, abends halb 9 Uhr, im Saal des Künstlerhauses einen Diskussionsabend über „Die architektonischen Probleme des Ettlinger-Torplatzes und des Festhallenplatzes“. Die beiden Referate zur Einleitung der Diskussion werden von den Herren Architekt Hippelius und Prof. Dr. Brindmann gehalten werden. Durch beide Herren werden die zwei hauptsächlich einander entgegenstehenden Standpunkte vertreten.

*** Der Karlsruhe Luftfahrt-Verein** hat für Donnerstag den 15. Mai ein Zeppelin-Passagierschiff gemietet und veranstaltet Fahrten zum Preise von 95 M. (Mitglieder 85 M.). Es haben sich bereits über 30 Teilnehmer gemeldet.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 30. April. In der Abstimmung in der Budgetkommission des Reichstages wurde die Regierungsvorlage, die sechs Kavallerieregimenter fordert, mit 16:12 Stimmen abgelehnt. Ein vorliegender nationalliberaler Eventualantrag, 4 Kavallerieregimenter zu bewilligen, wurde mit 15:13 Stimmen ebenfalls abgelehnt. Dagegen wurde ein fortschrittlicher Antrag, drei Kavallerieregimenter zu bewilligen, mit 16:12 Stimmen angenommen. Gegen alle Anträge stimmten die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder, das polnische und das elsaß-lothringische Mitglied, sowie einige jüdische Mitglieder des Zentrums.

Köln, 30. April. Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Berlin gemeldet: Das „Berliner Tageblatt“ wärmt eine bereits abgetane Kombination erneut auf, indem es sich aus Gmunden melden läßt: Die Erweiterung Lüneburgs auf hannoverschem Gebiet entspreche der Wirklichkeit und Prinz Ernst August werde bei seiner Thronbesteigung den Titel Herzog zu Braunschweig und Großherzog von Lüneburg führen. Es sei wiederholt festgestellt, daß diese Mitteilung erjunden ist.

Wien, 30. April. Die „Neue Freie Presse“ meldet: über den Verlauf der nächsten Tage verlautet, daß die Aktion Österreich-Ungarns mit größter Raschheit durchgeführt werden wird. Morgen oder übermorgen erwartet man die Bekanntgabe des Entschlusses der italienischen Regierung. Sodann wird Österreich allein oder gemeinsam mit Italien an den König von Montenegro die befristete Aufforderung richten, Sutari zu räumen. Sollte dieser Forderung nicht entsprochen werden, so wird der österreichisch-ungarische Gesandte in Cetinje abberufen werden und die militärischen Operationen werden unverzüglich beginnen.

Paris, 30. April. Das „Journal“ will erfahren haben, daß Serbien und Montenegro ihre Vereinigung vorbereiten. Die beiden vereinigten Mächte würden zwar ihre besondere Organisation und ihre Dynastie bewahren, jedoch eine gemeinschaftliche Militär-, Finanz- und diplomatische Leitung erhalten. Es würde nur einen Kriegsminister, einen Finanzminister und einen Minister des Äußeren geben. Diesbezügliche Verhandlungen, die von serbischen Agenten gegenwärtig in Cetinje geführt werden, seien bereits sehr weit gediehen. Die Folgen, die die Verwirklichung dieser Pläne nach sich ziehen, brauchen nicht besonders betont zu werden. Die Errichtung eines groß-serbischen Reiches mit einem Zugang zur Adria würde auf die Südslawen Österreichs eine außerordentliche Anziehungskraft ausüben.

Berlin, 30. April. Geh. Rat Professor Dr. Erich Schmidt ist gestern abend gestorben.

Gottesdienste.

Evangelische Stadtgemeinde.

Christi Himmelfahrt.
Donnerstag den 1. Mai.
Stadtkirche. 9 Uhr Militärgottesdienst: Militäroberpfarrer Kirchenrat Schloemann. — 10 Uhr: Stadtpfarrer Mühlstein.
Schloßkirche. 10 Uhr: Prälat Schmittner.
Johanneskirche. 10 Uhr: Stadtpfarrer Hindenlang.
Christuskirche. 10 Uhr: Stadtpfarrer Schilling.
Lutherkirche. 10 Uhr: Stadtpfarrer Weidemeier.
Gartenstraße 22. 10 Uhr: Stadtpfarrer Brauß.
Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus. 5 Uhr: Stadtpfarrer Hindenlang.
Dionysienhaustrische. Vorm. 10 Uhr: Pfarrer Kab.
Evans. Kapelle des Rabattenhauses. 10 Uhr Gottesdienst: Rabattenhauspfarrer Augustin.

Evangelisch-lutherische Gemeinde.

Donnerstag den 1. Mai.
Alte Friedhofskapelle, Waldhornstraße. Vorm. 10 Uhr: Pfarrer Fuchs.

Katholische Stadtgemeinde.

Donnerstag den 1. Mai.
St. Stephanskirche. 5 Uhr Frühmesse. — 6 Uhr hl. Messe. — 7 Uhr hl. Messe. — 9 Uhr Militärgottesdienst mit Predigt. — 10 Uhr Hauptgottesdienst mit Levit. Hochamt und Predigt. — 11 Uhr Kindergottesdienst mit Predigt. — 3 Uhr feierl. Vesper. — 7 Uhr feierl. Eröffnung der Maiandacht mit Predigt und Prozession, bei welcher sich die Marienkinder beteiligen.

Im ganzen Monat Mai ist jeden Abend 1/8 Uhr Maiandacht; an Sonn- und Feiertagen mit Predigt.
Vom 2. bis 10. Mai Andacht zum hl. Geist in Verbindung mit der Maiandacht.

Freitag (Herz-Jesu-Freitag): 1/7 Uhr Herz-Jesu-Amt mit Vitanei.

Samstag (Fest der Kreuz-Entdeckung): Ewiges Gebet für die Pfarzgemeinde St. Stephan von morgens 5 bis abends 8 Uhr. — 5 Uhr Aussetzung des Allerheiligsten und hl. Messe. — 6 Uhr feierl. Levit. Hochamt. — 7 Uhr hl. Messe. — 10 Uhr hl. Messe. — Abends 7 Uhr feierl. Schluß mit Prozession, bei der sich die Männer- und Jungfrauenkongregation beteiligen.

St. Bernhardskirche. 6 Uhr Frühmesse. — 7 Uhr hl. Messe. — 8 Uhr Deutsche Singmesse mit Predigt. — 10 Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt und Hochamt mit Segen. — 11 Uhr Kindergottesdienst. — 12 Uhr feierl. Vesper. — 7 Uhr feierl. Eröffnung der Maiandacht mit Predigt, Prozession und Segen. Freitag, 7 Uhr, Herz-Jesu-Amt.

Liebfrauenkirche. 6 Uhr Frühmesse. — 8 Uhr Deutsche Singmesse mit Predigt. — 10 Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt, Hochamt und Segen. — 11 Uhr Kindergottesdienst mit Predigt. — 12 Uhr Vesper mit Segen. — 7 Uhr feierl. Eröffnung der Maiandacht mit Predigt.

St. Vincentiuskapelle. 7 Uhr hl. Messe. — 8 Uhr Amt mit Predigt.

St. Bonifatiuskirche. 6 Uhr Frühmesse. — 8 Uhr Deutsche Singmesse mit Predigt. — 10 Uhr Hauptgottesdienst mit Hochamt und Predigt. — 12 Uhr Kindergottesdienst mit Predigt. — 12 Uhr Vesper. — 7 Uhr Beginn der Maiandacht mit Predigt, Prozession und Segen.

St. Peter- und Paulskirche. 6 Uhr Frühmesse. — 8 Uhr Deutsche Singmesse. — 10 Uhr Hauptgottesdienst mit Prozession und Segen. — 2 Uhr feierl. Vesper. — 7 Uhr abends feierl. Eröffnung der Maiandacht mit Predigt, Prozession und Segen.

Maiandacht jeden Abend 1/8 Uhr.
Kathol. Kapelle des Rabattenhauses. 7.20 Uhr Gottesdienst: Divisionspfarrer Dr. Volkmann.

St. Nikolauskirche (Nippur). 9 Uhr Predigt, Hochamt und Segen.

St. Josephskirche (Stadtteil Grünwinkel). 7 Uhr Frühmesse. — 9 Uhr Hauptgottesdienst mit Amt und Prozession in der Kirche. — 2 Uhr Vesper. — 7 Uhr Eröffnung der Maiandacht mit Predigt, Prozession und Segen.

Freitag, 7 Uhr, Herz-Jesu-Amt. — 1/8 Uhr Maiandacht mit Segen.

St. Michaelskirche (Beiertheim). 1/7 Uhr Frühmesse. — 1/9 Uhr Deutsche Singmesse mit Predigt. — 10 Uhr Hauptgottesdienst mit feierl. Hochamt, Predigt und Segen. — 11 Uhr Kindergottesdienst mit Predigt. — 12 Uhr feierl. Vesper mit Segen. — 7 Uhr feierl. Eröffnung der Maiandacht mit Predigt und Segen.

Während des Monats Mai ist täglich 1/8 Uhr (Sonntags 7 Uhr) Maiandacht.

Freitag, 1/7 Uhr, Herz-Jesu-Amt mit Vitanei und Segen. — Heilig-Geist-Kirche (St. Darlanden). 6 Uhr Frühmesse. — 7 Uhr Deutsche Singmesse mit Predigt. — 8 Uhr Hauptgottesdienst mit Prozession. — 12 Uhr feierl. Vesper. — 7 Uhr feierl. Eröffnung der Maiandacht.

(Mit-) Katholische Stadtgemeinde.

Donnerstag den 1. Mai.
Auferstehungskirche. 10 Uhr: Stadtpfarrer Bodenstein.

Familiennachrichten.

Eheschließungen. Hermann Neff von hier, Mechaniker hier, mit Margarete Stad von hier. — Wilhelm Raempfer von Sinsheim, Ingenieur hier, mit Elisabeth Eisele von hier.
Todesfälle. Wilhelm Andreas Holtritt, Ehemann. — Pauline Hausmann, Witwe. — Maria Ostertag, Ehefrau. — Sophie Bus, Witwe.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrometeorologie vom 30. April 1913.

Über Westjütland ist eine neue Depression erschienen, die einen Ausläufer über den Kanal hinweg bis nach Südfrankreich hin entsandt hat. Der Kern des hohen Druckes lagert noch im Nordosten. Trotz dieser für Gewitterbildung sehr günstigen Luftdruckverteilung war das Wetter am Morgen in ganz Deutschland wolkenlos und sehr warm. Der erwähnte Ausläufer wird sich wohl bald geltend machen; es sind deshalb vielfach Gewitter zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 30. April, früh:
Lugano wolkenlos 15 Grad, Biarritz bedeckt 12 Grad, Triest wolkenlos 20 Grad, Florenz wolkenlos 15 Grad, Rom wolkenlos 14 Grad, Brindisi wolkenlos 16 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

April	Barom. mm	Therm. in C.	Windgeschw. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Himmel
29. Nachts 9 ^h 11.	749.4	17.9	9.8	64	Still	wolkenlos
30. Morgs. 7 ^h 11.	749.9	15.7	9.8	74	ESD	wolkenlos
30. Mittags. 2 ^h 11.	747.4	25.3	7.3	31	D	heiter

Höchste Temperatur am 29. April: 25.8; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 12.7
Niederschlagsmenge, gemessen am 30. April, 7^h früh: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 30. April, früh: Schusterinsel 2.15 m gestiegen 5 cm; Rehl 2.97 m, gefallen 1 cm; Maxau 4.49 m, gestiegen 5 cm; Mannheim 3.76 m, gefallen 2 cm.

Verantwortlich für die Redaktion:
Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag:
G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Trinkt Bioson!

Für die Leser

enthalten: Anzeigenteil stets neue interessante Angebote. Geben Sie den Empfehlungen bitte nach.

Zepplin-Passagierfahrt

Der unterzeichnete Verein hat für Donnerstag, 15. Mai, anlässlich der Karlsruher Flugtage, ein Zepplin-Luftschiff gemietet u. werden Karten für 1½—2 stündige

Fahrt zum Vorzugspreis v. 95.- Mk.
(Mitglieder Mk. 85.-) abgegeben.

Passagierwechsel erfolgt auf dem Flugplatz.

Anmeldungen haben an Herrn Fabrikant Ruh, Karlsruhe, Bachstraße 7, unter Einsendung des Betrages zu erfolgen und sind bindend. E.712

Karlsruher Luftfahrt-Verein, e.V.

Mitteilung!

[E.701]

Der Ausdehnung meines Detail-Versandes und damit auch einem Zug der modernen Geschäftsentwicklung Rechnung tragend, habe ich mit den unten genannten, in Ihren Bezirken allgemein bekannten Geschäftshäusern eine Vereinbarung dahin getroffen, daß diese Firmen meine Weinmarken gegen eine mäßige Provision in ihren Ladengeschäften mitführen und zu meinen Original-Listen-Preisen abgeben bzw. liefern. Durch diese Einrichtung sind die Wünsche der, meinem eigenen Detail-Geschäft ferner wohnenden Kundchaft leichter und rascher als bisher zu befriedigen; ein großer Vorteil übrigens auch für jeden Freund eines guten Glases Wein, der selbst kein Weinlager unterhalten will. Die Niederlagen werden in meinen beehrtesten Weinmarken stets Vorräte halten; nicht vorrätige, besonders die feinen, hochpreisigen Edelweine werden von ihnen auf Bestellung in kürzester Frist zu Original-Preisen besorgt. Die Verkaufspreise entsprechen den im Großhandel üblichen Preisen, Deutsche Weine, die Literflasche von 80 Pfg., die Flasche von 65 Pfg. an versteuert, exkl. Flasche. Meine Preislisten liegen in den Niederlage-Geschäften auf. Vor allem wird auch meine bekannte Sädwein-Spezialität „Sparta“, (Fl. Mk. 1.20), überall erhältlich sein.

Mit Rücksicht auf die äußerst bemessenen Verkaufspreise kann auf diese auch seitens der dem Rabattsparverein angeschlossenen Firmen weder ein Rabatt noch ein Nachlaß in anderer Form gewährt werden. Verkaufspreise und Bedingungen sind in allen Niederlagestellen die gleichen. Bestellungen von 20 Flaschen und mehr, sowie von Fahweinen sind nach wie vor an mich direkt zu richten.

Bodachtungsvoll

F. Bausback, Weingroßhandlung, Karlsruhe

Telephon 1468. Postfachkonto 2833.

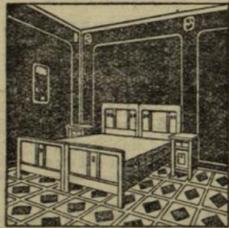
Niederlagen:

In der Mittelstadt bei	In der Südweststadt bei
F. Bausbacks Detail-Verkauf, Amalienstr. 53. Telephon 1468.	Otto Fischer, Fidelitas-Drogerie, Karlstr. 74. Telephon 37.
Karl Böfller, Kolonialwaren und Delikatessen, Friedrichsplatz 11, neb. d. Bad. Bank. Tel. 2232.	In der Weststadt bei
In der Oststadt bei	G. Ellinger, Westend-Drogerie, Sofienstr. 128. Telephon 513.
Georg Schmidt, Delikatessen, Kaiserstr. 29. Telephon 2308.	W. Erles, Kolonialwaren u. Delikatessen, Kriegstr. 173 u. Maxausr. 23. Telephon 3102.
Gebr. Vetter, Drogerie, Zirkel 15. Telephon 859.	In Durlach bei
In der Südstadt bei	Oskar Gorenflo, Hoflieferant, Hauptstr. 10. Telephon 37. (Nach dem Ladenumbau.)
Hans Reichard, Engel-Drogerie, Werderstr. 44. Telephon 1269.	

CHRIST. OERTEL, KARLSRUHE

KAISERSTR. 101/103

GROSSES LAGER
KAMELHAARDECKEN
WOLLEDECKEN
STEPPEDECKEN
PIQUEDECKEN
FÜLL-BETTDECKEN
SPACHTEL-BAND
TÜLLGARDINIEN



BETTFEDERN
FLAUM
ROSSHAAR
MATRAZENDRELL
BETTARCHENT
LEINEN
BAUMWOLLTUCH
DAMASTE etc.

SCHLAFZIMMER-EINRICHTUNGEN JEDER STILART
ÜBERNAHME KOMPLETTER AUSSTEUERN

„COLOP“

(farbiges Karbolineum)

besten und billigsten Anstrich für alles Holz und Mauerwerk. Muster u. Prospekt gratis. Wiederverkäufer u. Vertreter gesucht.
Fink & Co., Asperg 7 (Württbg.)

Ibach-

Pianos

Alleinvertreter für Karlsruhe
Bruchsal, Rastatt u. Umgebung

J. Kunz

Karlsruhe
21 Karl-Friedrichstraße 21.

Stühle

werden dauerh. gestocht u. repariert
Stuhlflechterei Fr. Ernst, Adlerstr. 3.

Dienstweisung

für 1933.

Steincker

Antilche Ausgabe

Preis je 30 Pfg.

Zu beziehen vom

Verlag der

G. Brannschen Hofbuchdruckerei

Karlsruhe 12.

Speise-, Wohn-, Schlaf- und Fremdenzimmer

Ersparnis

eines zweiten

Patent-Reform-Kleider- und Wäschekrant

hier bestens eingeführtes und praktischstes Möbelstück

Aufnahme von 36 Kleidungsstücken und einer großen Anzahl Wäsche

und Güte. — Extra-Vorrichtung für Schirme und Pelzwaren.

Lieferbar in allen Holzarten, mit u. ohne Spiegel

Alleinverkauf bei E.171

Lazarus Bär Wwe., Möbelmagazin,

1925 Telephon 1925 Zirkel 3 Ecke der Waldhornstraße

Bis jetzt habe ich dieselben auswärts verkauft nach: Augsburg, Baden, Bielefeld, Esch, Frankfurt, Freiburg, Hannover, Heidelberg, Höchst, Hornberg, Kiel, Mannheim, Meß, München, Oppenau, Posen, Prag, Rastatt, Straßburg, Stuttgart und Villingen.

Küchen-Einrichtungen und Vorplatz-Möbel

Dienstbotenmöbel und eiserne Bettläden

Mannheimer Sandstein- u. Granit-Werke

Wilhelm Busam.

Ausführung von Steinmetzarbeiten aller Art

in Sandstein und Granit C.451

Steinsägerei, Schleif- und Polierwerkstätte

mit Maschinenbetrieb

Bureau und Werkplatz: MANNHEIM, Welsche Gärten

Fernsprecher Nr. 314.

Güterliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

Konkursverfahren.

Nr. 32. Konstanz. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft Gebrüder Duder, Löwenbrauerei in Konstanz, ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichniß der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Verschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlusstermin auf

Dienstag den 27. Mai 1913,

vormittags 11 Uhr,

vor dem Groß. Amtsgericht

hier selbst bestimmt.

Konstanz, 24. April 1913.

Gerihtschrreiber des Groß.

Amtsgerichts.

Nr. 37. Müllheim.

Zur Verschlußfassung über den Verkauf des Warenlagers in dem Konkursverfahren über den Nachlaß des verstorbenen Goldarbeiters Karl Kallmann von Müllheim wurde die Gläubigerversammlung auf

Donnerstag, 15. Mai 1913,

vormittags 10 Uhr,

einberufen.

Müllheim, 28. April 1913.

Der Gerihtschrreiber des Groß.

Amtsgerichts.

Konkursverfahren.

Nr. 38. Waldbrunn. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Kurzwarenhändlerin Sofie Nifelsheimer in Waldbrunn ist infolge eines von der Gemeinschuldnerin gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleichs Vergleichstermin anberaumt auf

Mittwoch den 21. Mai 1913,

nachmittags 4 Uhr,

vor dem Amtsgerichte hier.

Der Vergleichsvorschlag ist auf der Gerihtschrreiberi zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Waldbrunn, 24. April 1913.

Gerihtschrreiber des Groß.

Amtsgerichts.

Verchiedene

Bekanntmachungen.

Schönbacharbeiten für das Filialmagazin, einstöckig, 25,0/10,5 m groß, im Bahnhofsgebäude nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben: Maurer-, Kunststein-, Zimmer-, Kleb-, Schmiede-, Dachdecker-, Putz-, Glaser-, Schreiner-,

Schloßer-, Installations-,

Malere- und Plästerarbeiten,

Bodenbeläge (Asphalt-,

platten) und Molladenlieferung,

Beuerungsunterlagen

auf unserem Hochbauamt,

Schwarzwaldballee nächst

Erlenstraße, Zimmer Nr. 4

Erstschloß, zur Einsicht. Ange-

bote müssen verschlossen, postfrei

(Auslandsporto) mit

entsprechender Aufschrift bis

zum Eröffnungsstermin am

16. Mai, 4 Uhr nachmittags,

bei unserem Hochbauamt

eingereicht sein. Zuschlags-

frist 4 Wochen. L.990.2

Wafel, 26. April 1913.

Gr. Bahnbauinspektion II.

Schönbacharbeiten

für die

Zollabfertigungsbauten auf

den Bahnhöfen im neuen

Personenbahnhof Wafel, öf-

fentlich zu vergeben: Mau-

rer-, Zimmer-, Dachdeckungs-

und Asphalt-, Fuß- u. Stud-,

Glaser-, Schreiner-, Schlo-

ßer-, Bodenbelags-, Installa-

tions- und Malerarbeiten, so-

wie Decken- und Dachober-

lichte. Bewerbungsunterlagen

auf unserem Hochbauamt,

Schwarzwaldballee nächst

Erlenstraße, Zimmer Nr. 8 zur

Einsicht. Dort Abgabe der An-

gebotsvordrucke. Angebote

müssen verschlossen, postfrei

(Auslandsporto) mit entspre-

chender Aufschrift bis zum

Eröffnungsstermin am 9. Mai,

4 Uhr nachm., bei uns einge-

reicht sein. Zuschlagsfrist vier

Wochen. L.980.2

Wafel, 26. April 1913.

Gr. Bahnbauinspektion II.

Umbau des Randwasser-

grabens unter der

Hauptbahn beim Haltepunkt

Waldbrunn nach Finanzmini-

sterialverordnung vom 3. Ja-

nuar 1907 öffentlich zu ver-

geben. Hauptarbeiten: Holz-

einbau 8 cm, Fundament-

aushub 550 cm, Beton 460

cm, Pläster 100 cm. Bedin-

gungshöhe und Zeichnungen auf unserer Kanzlei — mit Aufschrift „Kantaleis am Rheinthal“ spätestens bis 10. Mai d. J., 10 Uhr vorm., verschlossen und postfrei bei uns einreichen. Zuschlagsfrist 14 Tage. L.985.2

Mannheim, 26. April 1913.

Gr. Bahnbauinspektion I.

Ausführung der Fundie-

rungsarbeiten, Maurer- und

Steinbauarbeiten, für den

Umbau u. die Verlängerung

des Steinbaus der Wegun-

terführung bei km 112,5/6

der Schwarzwaldbahn, auf

der Westseite der Station

Waldbrunn, zusammen zu ver-

geben. Abbruch von altem

Mauerwerk 141 cm, Funda-

mentausaub 210 cm,

Stampfbeton 57 cm, auf-

gehendes Mauerwerk 203

cm. Quader aus Granit

9,5 cm. Verklebungsschicht-

steine aus Granit 92 cm,

Pläster 76 cm. Bedingungen

und Zeichnungen auf unserer

Kanzlei zur Einsicht. Ange-

bote mit Aufschrift, bis

Dienstag den 13. Mai, abends

5 Uhr, verschlossen und post-

frei einzureichen. Zuschlags-

frist 3 Wochen. L.707

Willingen, 21. April 1913.

Gr. Bahnbauinspektion.

Schönbacharbeiten

für die

Zollabfertigungsbauten auf

den Bahnhöfen im neuen

Personenbahnhof Wafel, öf-

fentlich zu vergeben: Mau-

rer-, Zimmer-, Dachdeckungs-

und Asphalt-, Fuß- u. Stud-,

Glaser-, Schreiner-, Schlo-

ßer-, Bodenbelags-, Installa-

tions- und Malerarbeiten, so-

wie Decken- und Dachober-

lichte. Bewerbungsunterlagen

auf unserem Hochbauamt,

Schwarzwaldballee nächst

Erlenstraße, Zimmer Nr. 8 zur

Einsicht. Dort Abgabe der An-

gebotsvordrucke. Angebote

müssen verschlossen, postfrei

(Auslandsporto) mit entspre-

chender Aufschrift bis zum

Eröffnungsstermin am 9. Mai,

4 Uhr nachm., bei uns einge-

reicht sein. Zuschlagsfrist vier

Wochen. L.980.2

Wafel, 26. April 1913.

Gr. Bahnbauinspektion II.

Umbau des Randwasser-

grabens unter der

Hauptbahn beim Haltepunkt

Waldbrunn nach Finanzmini-

sterialverordnung vom 3. Ja-

nuar 1907 öffentlich zu ver-